

KURZ UND PRÄGNANT

Unterstützung für
Protestresolution

Wenige Tage vor den Kommunalwahlen hatten sich die von der SPD gestellten Oberbürgermeister von Erfurt, Weimar und Jena mit einer Protestresolution an die Öffentlichkeit gewandt und dem Thüringer Finanzminister vorgeworfen, den Landeshaushalt auf Kosten der Kommunen zu sanieren. Unterstützung signalisierte MdL Frank Kuschel. Er hoffe, dass dieser Appell insbesondere von der SPD-Landtagsfraktion gehört werde. Mit einer Zustimmung zum in den Landtag von der LINKEN eingebrachten Schulinvestitionsgesetz könne ein erster Schritt vollzogen werden.

Das Gesetz beinhaltet jeweils 50 Millionen Euro für die Jahre 2014 und 2015 für Investitionen in Schulbauten und Schulsportanlagen in Thüringen. Aber die Resolution könne nicht davon ablenken, dass die SPD für die Ausgestaltung des Finanzausgleichs als Regierungspartnerin die Verantwortung zu tragen habe. DIE LINKE will im Zuge einer Reform des kommunalen Finanzausgleichs Transparenz bei der Finanzierung von Kindertagesstätten herstellen und zudem mehr Geld für freiwillige Aufgaben zur Verfügung stellen. Das müsse einhergehen mit einer Funktional- und Verwaltungsreform. Es bleibe zu hoffen, dass die SPD-Kritik auch noch nach Wahlen Bestand habe. ■

Mehr Kleinstkredite
werden gebraucht

Die Ankündigung einer Neuausrichtung der Investitionsförderung in Thüringen hat MdL Dieter Hausold begrüßt, allerdings „brauchen die Klein- und Mittelständischen Betriebe neben Investitionszuschüssen vor allem Kleinstkredite, um eventuelle Liquiditätseingpässe überbrücken zu können“. Wichtig wären auch Betriebsmittel- oder Umlaufmittel-Kleinstkredite. Die Investitionsförderung an die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen zu koppeln und dabei einen jährlichen (Mindest-)Bruttoverdienst von 25.000 Euro als Kriterium zu erheben, sei richtig. Jedoch die Sicherung bestehender Arbeitsplätze nicht an die Zahlung eines Mindestlohns als Grundbedingung zu knüpfen und stattdessen die schrittweise Erhöhung des Lohns um 20 Prozent in den kommenden fünf Jahren zum Förderkriterium zu machen, müsse kritisiert werden. Der LINKE-Politiker verwies auf die zahlreichen Unternehmen in Thüringen, die noch keinen Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro zahlen. Daher sei eine Steigerung um 20 Prozent innerhalb von fünf Jahren wenig zielführend. ■

Enteignungs-Verfahren
endlich beschleunigen

Bodo Ramelow: Gutachten zum Schloss Reinhardsbrunn - Insolvenz bereits Ende 2011

Da ein Gutachten im Auftrag der Staatsanwaltschaft Erfurt belegt, dass die Eigentümerfirma des Schlosses Reinhardsbrunn bereits Ende 2011 offenkundig insolvent gewesen ist, fordert der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, „endlich das Verfahren zur Enteignung zu beschleunigen und das Schloss nicht länger vor sich hin rotten zu lassen“.

Bodo Ramelow hatte schon vor Monaten ein Ermittlungsverfahren in Gang gebracht, um Licht in strafrechtlich relevante Vorgänge zu bringen. Die Staatsanwaltschaft Erfurt hat dieses Verfahren kürzlich eingestellt. Der LINKE Landespolitiker fordert nun auf Grundlage der Ergebnisse des Gutachtens der Staatsanwaltschaft umgehend Konsequenzen.

Er weist darauf hin, dass das eigentlich Brisante des Gutachtens die Feststellung ist, dass bereits am 31.12.2011 die Insolvenz der Firma eingetreten sei. „Wenn das stimmt,

warum hat dann kein Insolvenzverfahren stattgefunden und warum wurde kein Insolvenzverwalter eingesetzt? Offenkundig liegt doch hier ein klarer Fall von Insolvenzverschleppung vor!“, so Bodo Ramelow weiter. Zudem Sorge für Verwunderung, warum die Staatsanwaltschaft nicht amtlicherseits ein Insolvenzverfahren geprüft, bewertet und gegebenenfalls veranlasst hat. „Schließlich muss auch geklärt werden, warum Land, Kommune, Landkreis oder der Denkmalschutz mit denjenigen verhandeln, die eigentlich gar keinen Zugriff mehr auf den Besitz haben dürften.“

Äußerst seltsame Transaktionen

Bei der Betrachtung aller Machenschaften und höchst seltsamen Vorgänge dürfe auch nicht außer Acht gelassen werden, dass Schloss Reinhardsbrunn ursprünglich offensichtlich für 100.000 Euro veräußert wurde, später aber die Eigentümergesellschaft für 12,5 Millionen Euro den Be-

sitzer wechselte. Dass dann wiederum vor dem 31.12.2011 für angebliche Leistungen eines nahen Verwandten (A. Harchenko) des bisherigen Geschäftsführers I. Harchenko, die schwer nachvollziehbar sind, auf die Immobilie fast drei Millionen Euro und erst in 2012 noch einmal über sechs Millionen Euro durch I. Harchenko pfandrechtliche Hypotheken eingetragen wurden, deute darauf hin, dass die Fassade des Schlosses für äußerst seltsame Geldtransaktionen erhalten musste.

„Unabhängig von all dem, was dringend strafrechtlich geprüft und beantwortet werden muss, bleibt die Frage, wann endlich das Kulturdenkmal saniert und damit erhalten wird“, so Bodo Ramelow. Das Gutachten der Staatsanwaltschaft Erfurt müsse jetzt dringend zum Anlass genommen werden, um das entsprechende Insolvenzverfahren gegen die Eigentümer-Firma zu betreiben. Dadurch würde man das Enteignungsverfahren beschleunigen und sogar verbessern können. ■

Wissenschaftliche Rechtfertigung für NS-Massenmord

In seiner aktuellen Publikation wendet sich der Wissenschaftshistoriker und Biologiedidaktiker Uwe Hoßfeld unter dem Titel „Institute, Geld, Intrigen – Rassenwahn in Thüringen, 1930 bis 1945“ ein weiteres Mal dem Anteil Thüringens und vor allem der Universität Jena an der Entstehung und Verbreitung der Rassenideologie zu. Der materialreichen Studie, von der Landeszentrale für politische Bildung publiziert, seien viele Leserinnen und Leser gewünscht.

Thüringen nehme, so bilanziert Hoßfeld, die wissenschaftshistorische Tradition des Rassismus im 19. und 20. Jahrhundert betreffend „eine größere Rolle ein, als bei dem kleinen Land zu vermuten wäre“. Gerade an der Universität Jena ergaben sich, so Hoßfeld weiter, aus der spezifischen Interpretation und Weiterentwicklung des Darwinismus (u.a. durch Ernst Haeckel) „direkte Verbindungen (...) zum Sozialdarwinismus, zur Rassenhygiene, Eugenik, Rassenkunde“. Es sei hinsichtlich der Forschungen Darwins und Haeckels aber generell in den europäischen Gesellschaften zu einer Verkürzung der evolutiven Aussagen „und parallel dazu oftmals zu einer politisch aufgeladenen Interpretation der Forschungsergebnisse“ gekommen.

„Rassenhygiene“ und „Rassenkunde“ wurden in Deutschland zunehmend synonym mit biologischer Anthropologie verwendet, ideologisch noch weiter aufgeladen durch die Behauptung einer Überlegenheit einer „nordischen Rasse“. Ab 1930 nachweisbar, so betont Hoßfeld, schickte Thüringen „sich an, erstes rassenkund-

liches Experimentierfeld im Dritten Reich zu werden“. Die Universität Jena sollte dabei zum „nationalsozialistischen wissenschaftlichen Stützpunkt erster Ordnung“ (NSDAP-Gauleiter Fritz Sauckel) gemacht werden – und



spielte deutschlandweit eine traurige Vorreiterrolle. Unter Bruch der Hauptsatzung der Universität wurde schon 1930 durch den Thüringer Staatsminister für Inneres und Volksbildung Wilhelm Frick (den ersten NSDAP-Minister in Deutschland) der berüchtigte „Rasse-Günther“ (Hans F.K. Günther) zum Professor für Sozialanthropologie berufen – weitere sollten folgen. Zu Günthers Antrittsvorlesung reisten Hit-

ler, Göring und Heß nach Jena. In der Folge entstand ein wissenschaftliches Gefüge mit engsten Verbindungen zu NSDAP und SS.

Hoßfeld rekonstruiert die institutionellen (Ämter, Institute, Einrichtungen, wissenschaftliche Gesellschaften), personellen sowie thematischen Hintergründe (z.B. „Rassenkunde“, Antisemitismus, Eugenik). Ein eigenes Kapitel ist den Finanzen und Kooperationen gewidmet. Mittel flossen u.a. von der SS oder von der „Carl-Zeiss-Stiftung“, Hitler beteiligte sich persönlich mit einer Privatspende von 100.000 Reichsmark. Ein weiteres Kapitel beschäftigt sich mit Intrigen und Konflikten um Einfluss, Macht und Geld. Immer wieder macht Hoßfeld deutlich, dass es im Grunde um die (schein-)wissenschaftliche Begründung und Rechtfertigung für „rassenhygienische Maßnahmen“ ging – für schwerste Verbrechen bis hin zum Massenmord.

Uwe Hoßfeld lehrt als Professor für Didaktik der Biologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und ist Landesvorsitzender Thüringen des „Verbandes Biologie, Biowissenschaften und Biomedizin in Deutschland“ (VBIO). Er hat Grundlagenwerke zur Rolle der Universität Jena in der NS-Zeit veröffentlicht.

Stefan Wogawa

Hoßfeld, Uwe: Institute, Geld, Intrigen – Rassenwahn in Thüringen, 1930 bis 1945 (herausgegeben von der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen), Erfurt 2014, 173 Seiten, ISBN 978-3-943588-36-1 ■